

Versöhnliche Gegensätze: Katholische Soziallehre und Sozialdemokratie

Beim Podiumsgespräch mit dem Linzer Diözesanbischof Dr. Manfred Scheuer und der oberösterreichischen Landesrätin und SPÖ-Vorsitzenden Birgit Gerstorfer, das die Tagung „Katholische Kirche und Sozialdemokratie in Österreich“ am 4. Oktober 2019 abschloss, stellte die zuletzt Genannte sinngemäß fest: „Was ihr mit Nächstenliebe meint, nennen wir *halt* Solidarität.“ Gelegentlich wird mit solchen Sätzen ein alter „linker“ Vorwurf angesprochen, das Christentum kümmere sich nur um das individuelle, ewige „Seelenheil“ der Menschen und begreife soziales Engagement lediglich verkürzt als „persönliche Mildtätigkeit“ bzw. philanthropische „Charity“, während die Sozialdemokratie die Beseitigung sozialer Missstände viel grundsätzlicher auf politisch-struktureller Ebene anziele. Ich habe von Frau Gerstorfers Wortspende aber vor allem auch das umgangssprachlich einebnende „halt“ im Ohr, als ginge es im Grunde nur um unterschiedliche Sprachspiele für ein und dieselbe Sache. Mag sein, dass die auf diese Weise insinuierte Behauptung einer gesellschaftspolitischen Nähe und Verwandtschaft zwischen Kirche und Sozialdemokratie dem legitimen und an sich begrüßenswerten Bemühen geschuldet ist, das vor allem in der österreichischen Zwischenkriegsgeschichte gründende, Jahrzehnte lang schwer belastete Verhältnis zwischen diesen beiden „Lagern“ für versöhnt zu erklären und den aufrichtigen Willen zur Kooperation zu signalisieren. Mag auch sein, dass es gegenwärtig einer nicht nur in Österreich, sondern weltweit gepflogenen politischen Kultur entspricht, mehr auf interessenorientierte Pragmatik zu setzen als sich in grundsätzlichen ideologischen Auseinandersetzungen aufzureiben. Dennoch steht gerade eine solche (in Wirklichkeit nur vorgeblich) ideologiefreie politische Pragmatik in der doppelten Gefahr, einerseits im politischen Tagesgeschäft die Zielorientierung auf ein gutes, also sach-, menschen- und gesellschaftsgerecht gestaltetes Zusammenleben aller Menschen aus dem Blick zu verlieren, andererseits die innerhalb einer pluralistischen Kultur zweifellos bestehenden Auffassungsunterschiede über Mensch und Gesellschaft zu verschleiern. Letzteres erscheint aus zumindest zwei Gründen problematisch: Erstens neigen allzu lange ignorierte bzw. verdrängte Konfliktlinien nicht nur auf zwischenmenschlicher, sondern auch auf gesellschaftspolitischer Ebene dazu, irgendwann eruptiv aufzubrechen, was einer konstruktiven und friedvollen Konfliktlösung selten zuträglich ist. Zweitens ist – in Analogie zur biologischen Artenvielfalt – auch eine ideologische Diversität weniger als Störungspotential, sondern vielmehr als geradezu unabdingbare Voraussetzung und Ressource für soziale Entwicklung und Innovation zu werten. Dieser Sorge um eine aufrichtige und redliche politische Diskurskultur ist es geschuldet, wenn im vorliegenden Versuch einer Verhältnisbestimmung zwischen Katholischer Soziallehre und Sozialdemokratie dem Aufzeigen möglicher ideologischer Differenzen mehr Gewicht zugemessen wird als der Betonung allfälliger Gemeinsamkeiten. Dazu noch einige Vorbemerkungen:

- Der Begriff „Sozialdemokratie“ spielt in den offiziellen Dokumenten der kirchlichen Sozialverkündigung *de facto* kaum bis gar keine Rolle. Die großen päpstlichen Lehrschreiben zur Sozialen Frage, von welchen die jüngere kirchliche Soziallehre der letzten knapp 130 Jahre ihren Ausgang nimmt,¹ setzen sich sehr wohl und sehr grundsätzlich mit gesellschaftspolitischen Konzepten und Bewegungen auseinander, die darin als „sozialistisch“, „kommunistisch“, „marxistisch“ und „kollektivistisch“ bezeichnet werden und historisch sowie ideologisch eng mit der Entstehung der politischen Industriearbeiterbewegung seit dem späten 18. Jahrhundert verknüpft sind. Zwar darf in Hinblick auf diese Passagen durchaus angenommen werden, dass damit auch politische Kräfte mitgemeint sind, die sich bereits in der ersten Hälfte des 20.

¹ Vgl. vor allem Leo XIII., *Rerum novarum*, sowie Pius XI., *Quadragesimo anno*.

Jahrhunderts „sozialdemokratisch“ nannten (vor allem im Gefolge der Entstehung moderner Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg und in Abgrenzung zu jenen historisch und ideologisch verwandten Kräften, die als Folge der russischen Oktoberrevolution eine nahezu unumschränkte politische Vormachtstellung in ihrem Einflussbereich errangen). Aber gerade ein beispielhafter Blick auf die Entwicklung der Sozialdemokratie in Österreich muss die Frage zulassen: Welche *ideologische* Kontinuität besteht überhaupt noch zwischen der „Sozialdemokratie“ der Zwischenkriegszeit (die sich in den Geschichtsbüchern immerhin auch unter dem Synonym „Austromarxismus“ findet) bzw. deren ideologischen Ursprüngen und jener der Gegenwart? Auch wenn sich in manchen Teilorganisationen der modernen Sozialdemokratie ebenso wie in ihrem historischen Selbstbewusstsein und ihrer politischen Rhetorik zuweilen noch zentristisch-marxistische Grundtöne ausmachen lassen, so hebt sie sich von ihren ideengeschichtlichen Vorläufern doch mehr oder weniger deutlich ab: Anstelle des Glaubens an historisch notwendige Entwicklungen und den revolutionären Klassenkampf ist eine Ausrichtung an ethischen Prinzipien sowie das Bekenntnis zu demokratisch legitimierten Reformprozessen getreten. Ebenso ist keine Rede mehr von einer Negierung des Privateigentums und einer Verstaatlichung der Produktionsmittel; immerhin gibt es noch eine gewisse Neigung zu einem „starken“ Staat mit zentralen Kontroll-, Planungs- und Steuerungsfunktionen für Wirtschaft, Bildung, soziale Sicherheit etc. Ein klares Bekenntnis zur Staatsform einer liberal-rechtsstaatlichen repräsentativen Demokratie ist geradezu namensgebend geworden und die Ablehnung allen totalitären Kräften gegenüber ebenso klar erkennbar wie die Koalitionsbereitschaft mit Parteien aus anderen weltanschaulichen Lagern. Schließlich hat man es bei modernen Sozialdemokratien auch hinsichtlich Sozialstruktur und Wählerpotential nicht mehr mit Klassenparteien der Industriearbeiterschaft zu tun, sondern eher mit sozialen Integrationsparteien² mit – das bescheinigen zahlreiche europäische Wahlergebnisse der letzten Jahre – gravierenden Abgrenzungs- und Profilierungsproblemen gegenüber politischen Mitbewerbern. Es dürfte jedenfalls vor allem diesem zunehmenden „Ideologie-Verlust“ geschuldet sein, dass die moderne „Sozialdemokratie“ kein Gegenstand der expliziten Auseinandersetzung innerhalb der Katholischen Soziallehre mehr ist. Von einer *grundsätzlichen* Unüberbrückbarkeit zwischen diesen beiden Lagern³ kann also gewiss keine Rede mehr sein – von einer Deckungsgleichheit aber ebenso wenig, wie noch zu zeigen sein wird.

- Wer sich eingehender mit der historischen Entwicklung und Verbreitung des Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie beschäftigt, muss erkennen, dass diese Entwicklung regional und national äußerst unterschiedlich verlief und wir es heute schon innerhalb Europas (als Herkunftsgebiet) und erst recht weltweit mit einer äußerst breiten Auffächerung von „Sozialismen“ bzw. „Sozialdemokratien“ zu tun haben, die sich in ihren konkreten Verhältnisbestimmungen zu Wirtschaft, Politik, Staat oder Religion zum Teil erheblich voneinander unterscheiden.⁴ Dieser historisch gewachsenen Vielfalt steht mit der Katholischen Soziallehre ein Konzept gegenüber, das einerseits mit seinem Menschen- und Gesellschaftsbild eine universelle Gültigkeit über alle kulturellen Grenzen und historischen Bedingtheiten hinweg beansprucht,⁵ andererseits aber auch nicht als unmittelbar anwendbares politisches Programm für die (Aus-)Gestaltung

² Vgl. Mantl, Sozialdemokratie, Sp. 2602f.; Leser, Sozialistische Partei Österreichs.

³ Vgl. etwa noch Pius XI., Quadragesimo anno, Art. 117ff.

⁴ Vgl. Schwan/Morsey, Sozialismus.

⁵ Die älteren Dokumente der Katholischen Soziallehre gründen diesen Anspruch vor allem auf einem heute vielfach fragwürdig gewordenen naturrechtlichen Ansatz, der davon ausging, dass die vertretenen Positionen allein durch den Gebrauch der „in rechter Weise gebildeten“ Vernunft nachvollzogen und geteilt werden könnten. Die kirchliche Sozialverkündigung seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil verabschiedet sich zwar zusehends von diesem naturrechtlichen Ansatz, betont aber desto mehr ihr Anliegen, mit allen Menschen weltweit in Dialog zu treten.

gesellschaftlichen Zusammenlebens gelesen werden darf, ohne grundlegend missverstanden zu werden. Auch das mag ein tieferer Grund dafür sein, weshalb sich innerhalb der Katholischen Soziallehre zwar keine ausdrückliche Verhältnisbestimmung zur „Sozialdemokratie“ findet, sehr wohl aber zum Sozialismus bzw. Kommunismus und Marxismus: Letztere lassen sich immerhin noch auf vergleichsweise klare, sie verbindende ideologische „Substrate“ wie die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, die religionskritische Negierung von Transzendenz etc. zurückführen, während unter „Sozialdemokratie“ eher konkrete politische Parteien und Bewegungen firmieren, in denen das Verhältnis zwischen politischer Theorie bzw. Rhetorik und realpolitischer Praxis alles andere denn geklärt ist. Ein genauerer Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie(n) zeigt immerhin, dass die permanente interne Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen ihren theoretischen „revolutionären“ Wurzeln und ihrer konkreten politisch-demokratischen Praxis gleichsam Teil ihrer genetischen Grundausstattung geworden ist, in deren Rahmen sich im Laufe der Geschichte das Gewicht eindeutig von der Ideologietreue zur realpolitischen Pragmatik verlagert hat. Dennoch lassen sich zumindest Grundlinien zeitgenössischer sozialdemokratischer Politik immer noch von ihrem ideengeschichtlichen Wurzelgrund her begreifen und begründen.

Aus genau diesen Gründen wird sich der hier unternommene Versuch einer Verhältnisbestimmung zwischen Katholischer Soziallehre und Sozialdemokratie auf genau diese ideologischen Wurzeln konzentrieren, aus denen sich die Sozialdemokratie herleitet und die sie wenigstens in manchen ihrer Teilorganisationen immer noch begleiten. In einem zweiten Schritt wird dann zumindest kurz auf einige unterscheidende Nuancierungen eingegangen, die zum einen in diesen ideologischen Wurzeln gründen, zum anderen aber auch in den unterschiedlichen Ansprüchen, welche die Katholische Soziallehre einerseits und moderne politische Parteien andererseits erheben.⁶

1. Die Ur-Differenz: Menschen- und Gesellschaftsbild

Auf der Suche nach den Wurzeln des Begriffs „Sozialismus“ stößt man auf katholische Theologen des 18. Jahrhunderts,⁷ die in polemischen Schriften gegen die Aufklärung jene modernen Naturrechtslehrer als „*socialistae*“ bezeichnen, welche – vor allem Jean-Jacques Rousseau folgend – eine originäre Gutheit und folglich eine natürliche Geselligkeit des Menschen annehmen. Von dieser optimistischen Sicht der menschlichen Natur ausgehend, leiten sie alle in der Realität bestehenden Probleme und Spannungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab von herrschenden ökonomischen, den Menschen von seiner eigentlichen Natur entfremdenden Machtverhältnissen. Die Lösung aller sozialen Herausforderungen sehen sie und alle in dieser Tradition stehenden politischen Konzepte deshalb im Wesentlichen als eine Frage der Beseitigung dieser „falschen“ Machtverhältnisse und der „richtigen“ Neuorganisation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die Frage, auf welchem Wege (ob nun durch Klassenkampf und revolutionären Umsturz oder durch demokratische Reformen) diese „neue“ Gesellschaft errichtet werden und wie sie aussehen soll (klassenlose Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln oder unter den Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität organisierter demokratischer Rechts- und Wohlfahrtsstaat), erscheint in diesem Zusammenhang zweitrangig: Von zentraler Bedeutung ist vielmehr das Postulat einer Zusammengehörigkeit und harmonischen Zuordnung aller Menschen untereinander als natürliche Tatsache, die nur durch falsche Machtverhältnisse korrumpiert und durch eine

⁶ Es ist ja ein sehr weit verbreitetes und ebenso häufig enttäushtes Missverständnis, die Katholische Soziallehre als „kirchliches Parteiprogramm“ mit praktischen Konzepten und Antworten auf konkrete politische Sachfragen lesen zu wollen.

⁷ Schwan, Sozialismus, Sp. 10, nennt beispielsweise den Benediktiner Anselm Desing.

umfassende Neuorganisation der Gesellschaft in allen Bereichen (Wirtschaft, soziale Wohlfahrt, Bildung, Staat, internationale Gemeinschaft) (wieder-)herstellbar sei.

Diese Auffassung unterscheidet sich nicht nur diametral von liberalen Ansätzen, die – etwa auf Immanuel Kants „ungesellige Geselligkeit“⁸ der Menschen Bezug nehmend – einen natürlichen menschlichen Egoismus postulierten, dem funktional entsprechend Wirtschaft und Gesellschaft eben zu entwickeln und allenfalls zu regeln seien. Auch das christliche Menschenbild kann diesen sozial-anthropologischen Optimismus nicht teilen: Es begreift die menschliche Person zwar prinzipiell als soziales Wesen, nimmt zugleich aber eine ursprüngliche Korrumpierung der menschlichen Natur an, welche die Errichtung, Erhaltung und Weiterentwicklung einer humanen Gesellschaft – egal unter welchen und selbst unter den besten anzunehmenden ökonomischen, politischen oder kulturellen Rahmenbedingungen – zur permanenten sittlichen (und politischen) Aufgabe macht.

Aus dieser – wenn schon nicht pessimistischen, so doch prinzipiell skeptischen – Bestimmung der menschlichen Natur folgt im Christentum eine andere Grundauffassung der Gesellschaft: Für die Katholische Soziallehre ist allein die menschliche Person „Wurzelgrund [...], Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen“⁹; d.h. der einzelne Mensch als Person genießt eine prinzipielle Vorrangstellung vor jeder Form von Gemeinwesen, dem in der kirchlichen Sozialverkündigung nie substantielles Sein *per se* zukommt. Die menschliche Person ist zwar grundlegend definiert als soziales Wesen und gelangt zu ihrer vollen Entfaltung deshalb nur in Gemeinschaft. Aber nicht erst die optimal organisierte Gesellschaft ermöglicht dem einzelnen Menschen die volle Entfaltung seiner an sich natürlichen Gutheit und Geselligkeit (Sozialismus), sondern die menschliche Person entfaltet ihr soziales und sittliches Wesen bereits im gemeinschaftlichen Ringen und Arbeiten an einer dem Gemeinwohl¹⁰ verpflichteten Form gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Gesellschaft und ihre einzelnen Teilbereiche sind also der Ort, an dem der Mensch zum sittlichen Subjekt wird und als Mitarbeiter am göttlichen Schöpfungswerk sein irdisches und ewiges Glück wirkt. Die Gesellschaft und ihre Ausgestaltung auf struktureller Ebene genießen in der kirchlichen Soziallehre genau deshalb zwar hohe Aufmerksamkeit und Würde, bleiben aber immer auf den höheren Zweck der Entfaltung des Menschen als Person und der Verwirklichung seiner göttlichen Bestimmung hingeordnet. Demgegenüber vermag die Katholische Soziallehre im Gesellschaftsbild sozialistischer Provenienz bloß eine „Nutzveranstaltung“ zu erkennen,¹¹ will heißen: Die Gesellschaft (und ihre Teilbereiche Wirtschaft, Staat etc.) habe lediglich den Zweck der Herstellung jener optimalen Lebensbedingungen, die dem menschlichen Individuum die bestmögliche (materielle) Güterausstattung und – daraus abgeleitet – ein Maximum an Autonomie¹² garantiert. Weil aber die Befreiung des Menschen aus aller Entfremdung bzw. die Wiederherstellung seiner ursprünglich geselligen Natur von einer den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität optimal entsprechenden Gesellschaftsorganisation abhängt, erfordere und begründe das zugleich die Unter- und Einordnung des Einzelnen unter das darauf ausgerichtete (kollektive) Gesellschaftsganze.¹³

2. Abgeleitete Differenzen

⁸ Vgl. Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte, 37 (A 392).

⁹ Gaudium et spes, Art. 25.

¹⁰ Zsifkovits, Gemeinwohl, Sp. 855: Das Gemeinwohl ist „das größte Glück aller einzelnen in Gegenwart und Zukunft mit vorrangiger Beachtung vitaler Lebensbedürfnisse für alle“.

¹¹ Vgl. Pius XI., Quadragesimo anno, Art. 118.

¹² Eine darüber hinausgehende „höhere“ bzw. metaphysische Bestimmung des Menschen kennt der materialistische Wurzelgrund des Sozialismus naturgemäß nicht.

¹³ Vgl. Pius XI., Quadragesimo anno, Art. 119. Freilich trifft dieser Kollektivismus-Vorwurf die modernen Sozialdemokratien *de facto* nicht mehr.

Von dieser grundlegenden Differenz in den Annahmen über die menschliche Natur und den Zweck und Stellenwert der Gesellschaft ausgehend lassen sich nun beispielhaft weitere Spannungsmomente zwischen Katholischer Soziallehre und Sozialdemokratie ableiten:

2.1 Subsidiarität

So findet etwa die Priorisierung des Gesellschaftsganzen immer noch Niederschlag in der sozialdemokratischen Tendenz, staatlichen Organen umfassendere zentrale Regelungskompetenzen zuzusprechen, als dies etwa Parteien mit christlich-sozialem oder gar liberalem Hintergrund tun. Wenn die Garantie des Gemeinwohls als Wohl aller Einzelnen einerseits von einer egalitären und demokratischen Verfassung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und andererseits von der natürlichen Einordnung des Einzelnen in diese kollektive Verfasstheit erwartet wird, dann ist es eben nur folgerichtig, die Herstellung und Erhaltung des Allgemeinwohls eher zentralistisch organisierten politischen Instanzen und Strukturen zuzuordnen; sie haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Gesellschaftsglieder dieselben Rahmenbedingungen zur Verwirklichung ihres Glücks vorfinden – und zwar in allen Lebensbereichen wie Bildung, Gesundheitssystem, soziale Wohlfahrt, Kultur etc. Es ist ebenso folgerichtig, dass sich mit dieser zentralistischen Tendenz der Sozialdemokratie eine Spannung zur Katholischen Soziallehre auftut, die für Subsidiarität als grundlegendes gesellschaftliches Struktur- und Ordnungsprinzip eintritt: Das Glück bzw. Heil der menschlichen Person hängt nach dieser Auffassung ja nicht so sehr von bestimmten sozialen bzw. ökonomischen Rahmenbedingungen ab, sondern von dem Maß, in dem der Einzelne seine sittliche Verantwortung zur Entfaltung seiner individuellen Anlagen, seines sozialen Wesens und seiner göttlichen Bestimmung wahrnimmt bzw. wahrzunehmen imstande ist. Wo also der Einzelne bzw. die kleineren sozialen Einheiten (Familien, Vereine, Genossenschaften, Kommunen, Berufsverbände etc.) selbstständig fähig sind, diese Verantwortung zu übernehmen und ihre Wahrnehmung zu organisieren, darf sie ihnen nicht von übergeordneten sozialen Instanzen abgenommen werden; diese größeren sozialen Einheiten haben allerdings (und nur) dort subsidiär tätig zu werden, wo die Eigenverantwortlichkeit der kleineren sozialen Einheiten überfordert ist.

2.2 Solidarität

Die Katholische Soziallehre ordnet ihrem Subsidiaritätsprinzip stets das Solidaritätsprinzip als komplementäre Ergänzung zu. Der Begriff der Solidarität spielt zwar – wie eingangs angesprochen – auch in der Sozialdemokratie eine prominente Rolle, bei genauerer Betrachtung dürfte damit aber nicht (immer) dasselbe wie auf kirchlicher Seite gemeint sein: So trägt in der Geschichte der linken Industriearbeiter-Bewegung der Begriff primär den Charakter einer Klassen- und Kampfsolidarität. Solidarität besteht dabei zunächst nur unter den innerhalb der bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse Gleichgestellten und ist als Interessen- und Kampfsolidarität gegen andere Interessengruppen bzw. Klassen gerichtet. Erst mit der Herstellung einer (klassenlosen bzw. vollkommen demokratisch verfassten) Gesellschaft von lauter Gleichen würde Solidarität zu jenem die gesamte Gesellschaft oder gar Weltgemeinschaft umfassenden Sozialprinzip, das in der angenommenen natürlichen Geselligkeit des Menschen bereits grundgelegt ist. In der Gegenwart findet sich der kämpferische Solidaritätsbegriff vor allem noch in der politischen Rhetorik gewerkschaftlicher Organisationen. In den sich im Laufe der Geschichte von ursprünglich reinen Arbeiter- zu sozialen Integrations- bzw. Volksparteien entwickelnden modernen Sozialdemokratien trägt „Solidarität“ aber zumeist einerseits eher den Charakter einer Zweck-Solidarität zur Begründung und Erhaltung des sozialen Wohlfahrtssystems (analog zum Versicherungsprinzip), andererseits eines

auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale, zuweilen auch internationale Gerechtigkeit abzielenden ethischen Werts bzw. sittlichen Verhaltens.

In der letztgenannten Bedeutung trifft sich die moderne Sozialdemokratie zwar mit einer häufigen Verwendung des Begriffs in sozial engagierten kirchlichen Kreisen. Der ursprüngliche Bedeutungsgehalt von „Solidarität“ ist in der Katholischen Soziallehre indes ein anderer: Gemeint ist hier nicht so sehr eine sittliche Grundhaltung bzw. normative Grundbedingung für gelingendes gesellschaftliches Zusammenleben, sondern zunächst einfach ein beschreibendes „Seinsprinzip“ menschlicher Gesellschaft im Sinne einer Tatsachenfeststellung. Alle Menschen sind gemäß der Katholischen Soziallehre ja Geschöpfe Gottes und die Güter der Erde für alle bestimmt. Von dieser Grundannahme ausgehend bedingt die Begrenztheit des Lebensraums Erde und ihrer Ressourcen bereits eine faktische Solidarität, die vergleichbar ist mit der Solidarität aller in einem Boot Sitzenden. Aus dieser Form von faktischer Solidarität folgt allerdings noch keineswegs automatisch eine humanitäre Gleichheit aller bzw. ein sozial gerechtes Zusammenleben. Hermann-Josef Große Kracht macht zurecht darauf aufmerksam, dass es innerhalb und aufgrund einer so verstandenen Solidarität durchaus auch Solidaritäts-Gewinner und -Verlierer geben kann, und tritt dementsprechend für eine Ent-emotionalisierung dieses in modernen politischen Diskursen oft moralisch überfrachteten und zugleich äußerst unscharf gebrauchten Begriffs sowie dafür ein, zumal in der kirchlichen Sozialrhetorik anstelle des Solidaritätsbegriffs wieder Begriffe zu verwenden, die das Gemeint sachlich zutreffender ausdrücken, wie z.B. Barmherzigkeit, Mitleid oder auch Gerechtigkeit.¹⁴ Die faktische solidarische Verbundenheit aller Menschen als Geschöpfe Gottes auf dem Planeten Erde erzeugt jedenfalls *per se* noch lange keine sozial gerecht, freiheitlich und egalitär verfasste Gesellschaft, sondern macht die Humanisierung und Ökologisierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gerade zur Aufgabe – selbstredend auch auf struktureller Ebene.

2.3 Wirtschaft und Staat

Bereits die Selbstbezeichnung „Sozialdemokratie“ verweist auf die gesellschaftspolitische Vision derselben: Sie erhofft primär von einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft Konflikt- und Herrschaftsabbau in Richtung einer solidarisch kooperativen Gesellschaft und versteht die „soziale Demokratie“ als „Gesellschaftszustand der durchgesetzten sozialistischen Grundwerte“¹⁵. Im SPÖ-Parteiprogramm von 1978 heißt es: „Die soziale Demokratie wird verwirklicht, indem immer neue Bereiche der Gesellschaft mit den Ideen der Demokratie durchdrungen werden. [...] Dazu muss die auf ökonomischer und bürokratischer Macht beruhende Herrschaft über Menschen durch solidarische und kooperative Beziehungen zwischen Menschen ersetzt werden.“¹⁶ Man kann also sagen, die Sozialdemokratie sieht bereits in einer durchgängigen Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche (Wirtschaft, Rechtswesen, Staat etc.) jene Rahmenbedingungen verwirklicht, die den Menschen von aller Entfremdung emanzipieren und seiner sozialen Natur entsprechen. In der kirchlichen Sozialverkündigung finden sich hier durchaus äußere Ähnlichkeiten, wenn etwa wiederholt Formen der betrieblichen Mitbestimmung seitens der Arbeitnehmerschaft befürwortet und eingemahnt werden.¹⁷ Die Begründung dafür liegt allerdings weniger in einer postulierten intrinsischen „Gutheit“ jeglicher Demokratisierung, sondern in der besonderen Rolle der Arbeit für die Entfaltung der sittlichen Persönlichkeit der Arbeitenden und ihre soziale Integration und Teilhabe. Eine vergleichbar explizite Festlegung auf eine ganz konkret verfasste Gestalt von Wirtschaft oder Staat wie in der Sozialdemokratie kennt die Katholische Soziallehre jedenfalls nicht. Abgesehen

¹⁴ Vgl. Große Kracht, Solidarität ent-emotionalisieren!

¹⁵ Mantl, Sozialdemokratie, Sp. 2607f.

¹⁶ Dr.-Karl-Renner-Institut (Hg.), SPÖ-Programm 1978, 8.

¹⁷ Vgl. etwa Johannes Paul II., Laborem exercens, Art. 15.

davon, dass in deren Anfangszeit ihre wichtigsten Protagonisten so wie die meisten Vertreter der kirchlichen Hierarchie sich mit dem Abschied von einem monarchischen Gottesgnadentum und einer Hinwendung zur modernen liberalen Demokratie überhaupt schwer taten, und unbeschadet der Tatsache, dass die jüngeren Soziallehre-Dokumente die Demokratie zumindest im Churchill'schen Sinn als jene Staatsform anerkennen, die im gegebenen weltanschaulichen Pluralismus moderner Gesellschaften der Entfaltung der menschlichen Person als sittlichem Subjekt am besten entspricht, legt sich die Katholische Soziallehre weder auf bestimmte konkrete Wirtschafts- noch Staatsformen fest. Sie verurteilt allenfalls (dann aber mit Entschiedenheit) gesellschaftliche Organisationsformen, welche die menschlichen Personen einem Kollektiv bzw. totalitären Herrschaftsansprüchen unterordnen. Unter Beachtung ihrer Grundprinzipien hält die Katholische Soziallehre aber (zumindest theoretisch) durchaus unterschiedliche Formen des Wirtschaftens oder der politischen Verfassung des Gemeinwesens für sittlich vertretbar.

3. Kooperative Verschiedenheit

Am Ende dieses Beitrags erscheint der Hinweis angebracht, dass weder eine grundsätzliche Ablehnung alles Religiösen bzw. Antiklerikalismus und Antikirchlichkeit auf Seiten der modernen Sozialdemokratie noch eine pauschale kirchliche Ablehnung und Verurteilung jedes Brückenschlags zwischen Christentum und Sozialismus heute noch Gültigkeit haben bzw. einen unüberwindlichen Graben darstellen. Von grundsätzlichen Widersprüchen bzw. einer prinzipiellen Unvereinbarkeit von politischen Optionen bei der Bewältigung sozialer Herausforderungen kann ebenso höchstens in einigen wenigen Themenfeldern Rede sein.¹⁸ Es gibt – im Gegenteil – in der konkreten politischen Praxis viele Anliegen, für die man zweifellos gemeinsam Schulter an Schulter arbeiten und eintreten kann. Als Beispiele seien hier etwa die österreichische „Allianz für den freien Sonntag“¹⁹ genannt sowie das Engagement für einen starken, „armutsfesten“ Sozialstaat oder für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, die zwar nicht von allen, aber immerhin von einigen maßgeblichen kirchlichen Organisationen unterstützt wird.²⁰

Dennoch – und das versuchte dieser Beitrag aufzuzeigen – zeugen die jeweiligen Begründungen für diese Anliegen häufig von unterschiedlichen ideengeschichtlichen Wurzeln und Grundansätzen: Während die Sozialdemokratie ausschließlich das irdische Wohlergehen aller Gesellschaftsglieder im Blick hat und dafür optimale gesellschaftliche Rahmenbedingungen für wesentlich hält und herstellen will, steht im Zentrum der kirchlichen Sozialverkündigung die menschliche Person als Geschöpf Gottes und sittliches Wesen. Die konkrete Ausgestaltung des Gemeinwesens auf struktureller Ebene ist zwar auch hier ein wesentlicher Faktor für deren Entfaltung und Vervollkommnung – allerdings nicht nur als Ensemble äußerer Bedingungen dafür, sondern selbst schon als Ort und Aufgabe sittlichen Handelns zur Verwirklichung der göttlichen Bestimmung des Menschen als soziales Wesen und MitarbeiterIn am göttlichen Schöpfungswerk.

Das bleibt eine nicht zu vernachlässigende Differenz zwischen Katholischer Soziallehre und Sozialdemokratie. Diese Differenz liegt zwar zu einem wesentlichen, aber doch nur einem Teil begründet in den unterschiedlichen ideologischen Wurzeln und Grundpositionen, die dieser Beitrag aufzuzeigen versucht hat. Eine mindestens ebenso große Rolle spielen dafür aber wohl die wesensmäßigen Unterschiede in Grundauftrag und Selbstverständnis der hier verhandelten Protagonisten. Auch wenn es im Lauf der Geschichte dabei gelegentlich zu unheilvollen Grenzüberschreitungen auf beiden Seiten gekommen ist – eine Kirche ist nun einmal keine politische

¹⁸ Kirchlicherseits muss hier etwa immer wieder auf die Abtreibungsfrage hingewiesen werden.

¹⁹ Vgl. <https://www.freiersonntag.at/> (06.04.2020).

²⁰ Zu nennen sind hier etwa die Katholische Aktion Österreichs sowie die Katholische Jungschar Österreichs.

Partei und eine (gesellschafts-)politische Bewegung keine Religionsgemeinschaft. Oder frei nach einem (fälschlich) Karl Kraus zugeschriebenen Bonmot:²¹ Was Katholische Soziallehre und Sozialdemokratie voneinander unterscheidet, sind ihre gemeinsamen Anliegen.

Literatur

1. Wissenschaftliche Werke

Große Kracht, Hermann-Josef, *Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften*, Bielefeld 2017.

Große Kracht, Hermann-Josef, *Solidarität ent-emotionalisieren! Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung des französischen Solidarismus* (29.10.2019):

<https://www.theorieblog.de/index.php/2019/10/solidaritaet-ent-emotionalisieren-ein-plaedoyer-fuer-die-wiederentdeckung-des-franzoesischen-solidarismus/> (30.01.2021).

Kant, Immanuel, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*, in: Immanuel Kant. *Werke in zehn Bänden*. Hg. Weischedel, Wilhelm, Band 9: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Darmstadt 1983, 31–50.

Leser, Norbert, *Sozialistische Partei Österreichs*, in: Görres-Gesellschaft (Hg.), *Staatslexikon. Recht – Wirtschaft – Gesellschaft Band 5*, Freiburg im Breisgau ⁷1989, Sp. 26–28.

Mantl, Wolfgang, *Sozialdemokratie*, in: Klose, Alfred/Mantl, Wolfgang/Zsifkovits, Valentin (Hg.), *Katholisches Soziallexikon*, Innsbruck/Graz ²1980, Sp. 2601–2627.

Mantl, W., *Sozialismus*, in: ebd. Sp. 2710–2732.

Schwan, Gesine/Morsey, Rudolf, *Sozialismus*, in: Görres-Gesellschaft (Hg.), *Staatslexikon. Recht – Wirtschaft – Gesellschaft, Band 5*, Freiburg im Breisgau ⁷1989, Sp. 10–26.

SPÖ/Karl-Renner-Institut, *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*:

<https://www.rotbewegt.at/> (01.04.2020).

Wikipedia, *Sozialdemokratie*: <https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdemokratie> (01.04.2020).

Sozialdemokratische Partei Österreichs:

https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdemokratische_Partei_%C3%96sterreichs (30.01.2021).

Zsifkovits, Valentin, *Gemeinwohl*, in: Klose, Alfred/Mantl, Wolfgang/Zsifkovits, Valentin (Hg.), *Katholisches Soziallexikon*, Innsbruck/Graz ²1980, Sp. 855.

2. Programmatische und lehramtliche Texte

Dr.-Karl-Renner-Institut (Hg.), *Das Parteiprogramm der SPÖ (Sozialistische Politik 8)*, Wien 1978.

Leo XIII., Enzyklika *Rerum novarum* über die Arbeiterfrage vom 15. Mai 1891, in: KAB, *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (Hg.), Texte zur Katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*, Köln/Kevelaer ⁹2007, 1–40.

Pius XI., Enzyklika *Quadragesimo anno* über die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft zum 40. Jahrestag des Rundschreibens Leo's XIII. „*Rerum novarum*“ vom 15. Mai 1931, in: ebd. 61–122.

Johannes XXIII., Enzyklika *Mater et Magistra* über die jüngsten Entwicklungen des gesellschaftlichen Lebens und seine Gestaltung im der christlichen Lehre vom 15. Mai 1961, in: ebd. 171–240.

Gaudium et spes. Pastoralconstitution des 2. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute (1965), in: ebd. 291–395.

²¹ „Was Deutschland und Österreich trennt, ist die gemeinsame Sprache.“

Paul VI., Apostolisches Schreiben *Octogesima adveniens* an Seine Eminenz Kardinal Maurice Roy, Präsident des Laienrates und der Päpstlichen Kommission „Iustitia et Pax“ vom 14. Mai 1971, in: ebd. 457–493.

Johannes Paul II., Enzyklika *Laborem exercens* über die menschliche Arbeit vom 14. September 1981, in: ebd. 529–601.

Johannes Paul II., Enzyklika *Centesimus annus* zum 100. Jahrestag von *Rerum novarum* vom 1. Mai 1991, in: ebd. 689-764.